

Gemeinsame Erklärung europäischer Attac-Organisationen

September 2008

Attac Dänemark, Attac Deutschland, Attac Finnland, Attac Flandern, Attac Frankreich, Attac Italien, Attac Marokko, Attac Norwegen, Attac Österreich, Attac Polen, Attac Schweden, Attac Schweiz, Attac Spanien, Attac Ungarn.

"Entmachtet die Märkte!" Als Attac 1998 gegründet wurde, bezog sich dieser Slogan auf die Finanzkrise in Asien. Inzwischen haben wir weitere Finanzkrisen erlebt: in Russland, Brasilien, Türkei, Argentinien und das Platzen der New Economy-Blase 2001. Mittlerweile befinden sich die reichen Länder mitten in der schwersten Krise seit der Weltwirtschaftskrise 1929.

Ein anderes Finanzsystem ist möglich

Ein anderes Finanzsystem ist möglich: Stabilität und Solidarität vor Profiten aufgrund der Komplexität des gegenwärtigen Finanzsystems, ist es unmöglich die Probleme mit einem einzigen Instrument zu lösen. Es gibt keinen Archimedischen Punkt. Ein ganzer Instrumentenkasten wird benötigt. Dennoch können wir angesichts Hunderter von Einzelvorschlägen, die in der nächsten Zeit gemacht werden und die alle kontrovers sein dürften, einige grundlegende Kriterien formulieren, denen die einzelnen Vorschläge genügen müssen, wenn sie für eine emanzipatorische Reform in Frage kommen sollen.

A. Systemische Veränderungen statt stückweise Reparatur

Das ganze Finanzsystem in seiner neoliberalen Form hat sich als ökonomisch instabil und ineffizient und als schädlich für Gleichheit, die allgemeine Wohlfahrt und die Demokratie erwiesen. Darum sind systemische Veränderungen notwendig. Eines unserer zentralen Ziele ist es, die neoliberalen Grundpfeiler einzureißen, vor allem die weltweite Mobilität von Kapital. Einzelne regulatorische Maßnahmen, die nur auf den Erhalt von Reichtum und vermögensgetriebene Entwicklung zielen, oder kosmetische Reformen sind hingegen inakzeptabel.

B. Neues Bretton Woods statt "sich selbst regulierender" Märkte

Die Krise zeigt, dass Märkte allein, ohne politische Regulierung und demokratische Kontrolle verhängnisvolle Folgen zeitigen. Daher sind demokratische Kontrolle und internationale Kooperation nötig, anstatt zerstörerischem Standortwettbewerb. Ökologischer Zukunftsfähigkeit und den Menschenrechten aller drei Generationen muss bei allen wirtschaftlichen und finanziellen Entscheidungen zukünftig Priorität eingeräumt werden.

Ein geeignetes institutionelles Setting unter Federführung der UNO muss geschaffen werden, das eine strikte Regulierung und Umorientierung des Finanzsystems ermöglicht. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei auf demokratische Kontrolle und auf den aktiven Einsatz für Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sowie Krisenprävention statt -reaktion zu legen. So sollte z. B. die UNO und nicht der IWF das Mandat zur Aufsicht über das Weltwirtschaftssystem erhalten. Dazu muss auch die Fähigkeit zum regulatorischen Eingriff gegenüber hohen Handelsbilanzdefiziten, Verschuldung und Zahlungsbilanzdefiziten gehören (wie gegenwärtig bei den USA). Eine solche UN-Institution sollte auch darüber entscheiden, ob und inwieweit Finanzdienstleister, Finanzprodukte und Dienstleistungen liberalisiert werden und inwieweit die Mobilität des Kapitals einzuschränken ist. Dies würde auch bedeuten, dass solche Entscheidungen nicht mehr in der WTO und über das GATS oder bilaterale Freihandelsabkommen getroffen würden, wie das gegenwärtig der Fall ist.

Die Finanzaufsicht auf nationaler Ebene und internationale Kooperation zwischen den Regulierungsinstitutionen und Aufsichtsbehörden, vor allem innerhalb der EU, müssen gestärkt und demokratisiert werden. Die Partizipation von Gewerkschaften, Verbrauchern und anderer Stakeholders bei der Regulierung muss gewährleistet werden. Rating muss Teil der staatlichen Aufsicht werden und dazu beitragen, dass Finanzprodukte, Kredite und Unternehmen nicht zu Umweltzerstörung beitragen.

Für das unmittelbare Krisenmanagement wird eine enge Kooperation auf europäischer Ebene, inkl. Schweiz und Russland benötigt, ebenso wie transatlantische Zusammenarbeit.

Es müssen weltweit Grenzen für unregulierten Freihandel und uneingeschränkte Kapitalmobilität gesetzt werden. Das Dogma vom "freien Fluss" von Gütern, Dienstleistungen und Kapital muss durch differenzierte Ansätze ersetzt werden. In zukünftigen internationalen Abkommen müssen Finanzstabilität, Steuergerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit Vorrang vor freiem Kapital-, Güter- und Dienstleistungsverkehr haben. Soziale Rechte und historische Errungenschaften der Lohnabhängigen dürfen von solchen Abkommen nicht mehr untergraben werden: im Gegenteil, sie müssen internationale Solidarität anstelle von Wettbewerb stärken.

C. Die Dominanz der Finanzmärkte brechen

Die Grundorientierung für substantielle Veränderungen muss darauf orientieren die Dominanz der Finanzmärkte über die Realwirtschaft zu brechen. Einige dafür geeigneten Instrumente sind:

- Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen, inklusive Währungstransaktionen. Damit soll die Spekulation unterbunden werden, Tempo auf den Finanzmärkten herausgenommen und Schluss mit der Kurzfristorientierung gemacht werden. Gleichzeitig sollen die Finanzierung von fairem und nachhaltigen Handel, Produktion und Konsum gefördert werden;
- nationale Regierungen sollen parallel dazu eine Steuer auf den Sekundärhandel mit Aktien einführen, um Spekulation zu unterbinden;
- weltweites Verbot bzw. die Zerschlagung von Finanzkonglomeraten, die im Falle eines Bankrotts systemische Effekte haben ("too big to fail");
- progressive Besteuerung von Kapitaleinkünften. Eine der Hauptursachen für die Blasenbildung auf den Finanzmärkten ist die extreme Konzentration von Reichtum. Um die Finanzmärkte zu entschleunigen und zu stabilisieren ist eine substantielle Umverteilung von Einkommen und Wohlstand von Oben nach Unten notwendig, ebenso wie die Beseitigung von Anreizen zu exzessiven Profiten und Steuerhinterziehung;
- noch bevor Umverteilung nötig wird, muss die Wirtschaftspolitik bereits eine gerechte Verteilung gewährleisten: Löhne dürfen nicht langsamer als die Produktivität wachsen (außer bei Arbeitszeitverkürzung) und Arbeit muss fair verteilt sein;
- die Privatisierung der Daseinsfürsorge und wichtiger Infrastruktur, wie z. B. Energieversorgung oder Eisenbahnen, muss gestoppt und, wo sie bereits erfolgt ist, rückgängig gemacht werden. Auch die Privatisierung der Altersversorgung muss rückgängig werden.

D. Abfederung der Krisenfolgen für die Realwirtschaft und das Verursacherprinzip - "Spekulanten zur Kasse bitten"

Da die Finanzkrise die Realwirtschaft und die Gesellschaft bereits erfasst hat, werden dringend Konjunkturprogramme benötigt, um die Auswirkungen der Krise auf die Realwirtschaft abzufedern.

Angesichts des Ausmaßes der Krise, sind Rettungspakete unumgänglich, um den totalen Kollaps des Finanzsystems zu verhindern. Allerdings müssen diese Rettungspakete strikt an Bedingungen geknüpft sein. Jede Form von moral hazard muss ausgeschlossen werden. In den Fällen, wo die Rettungspakete auch ohne Verstaatlichung funktionieren, müssen die Kosten von den Aktionären zurückgezahlt werden - inklusive Zinsen. Unternehmen, die dazu nicht in der Lage sind, gehen teilweise oder ganz in öffentliche Hände über.

Die Kosten der Liquiditätsspritzen und Rettungspakete sind in erster Linie von jenen zu tragen, die für die Krise verantwortlich sind und sich seit Jahren bereichern konnten. Dafür sollte in jedem Land ein spezieller Krisenfond geschaffen werden. Dieser Topf sollte durch eine einmalige Sonderabgabe auf alle Kapitaleinkünfte über 50.000 Euro und einer zusätzlichen einprozentigen Steuer auf alle Profite in der Finanzindustrie gespeist werden.

Ein Teil dieses Fonds sollte international eingesetzt werden, um armen Länder, die unter dem Crash leiden und von hohen Nahrungsmittel- und Rohstoffpreisen betroffen sind, zu helfen.

Zusätzlich müssen öffentliche Investitionen in die soziale Infrastruktur, in Bildung, Kultur und Umwelt fließen, da diese Sektoren unter chronischer Unterfinanzierung leiden. Damit würde zugleich Beschäftigung geschaffen und die ökologische Wende unterstützt.

E. Die EU reformieren. Demokratische Kontrolle über die Europäische Zentralbank

Besondere Aufmerksamkeit muss der EU gewidmet werden. Im Lissabonvertrag und anderen Verträgen ist alles was das Finanzsystem betrifft, vom neoliberalen Dogma bestimmt. Artikel 63 zur Funktionsweise der Europäischen

Union (ex art. 56 ECT), der jegliche Beschränkung von Kapitalflüssen innerhalb von EU, sowie gegenüber Drittländern verbietet und damit die Dominanz der Finanzen auf die Gesellschaft festschreibt, muss geändert werden. Es gibt gute Gründe, die Kapitalmobilität teilweise einzuschränken: damit wird Finanzstabilität gewährleistet, Steuerhinterziehung und Steuerwettbewerb verhindert und eine beschäftigungsfreundliche Finanzpolitik ohne das Risiko von Kapitalflucht ermöglicht. Wir fordern auch die Einschränkung der Niederlassungsfreiheit (Art. 49), die es dem Kapital ermöglicht, dorthin zu gehen, wo es die günstigsten Bedingungen findet, und es Finanzinstitutionen z. B. erlaubt, sich in die Londoner City oder andere Steuerparadiese zu flüchten.

Finanzregulierung und -aufsicht in der EU und in den Mitgliedsstaaten, müssen grundsätzlich verändert werden. Statt am Vorrang für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Finanzindustrie müssen sie sich an den höchsten Standards orientieren. Die Anpassung nach unten - race to the bottom - muss aufhören.

Die nationalen Parlamente müssen regelmäßig prüfen, ob die Regulierung der Finanzmärkte und der Finanzindustrie angemessen ist. Das Europäische Parlament muss das Recht bekommen, Regulierungen einzuführen. Die EU sollte alle notwendigen Bereiche der Finanzindustrie regulieren, d.h. Kreditwesen, Risiko-Management, Investment, Ausgabe von Aktien und Anleihen etc. Damit soll gewährleistet werden, dass finanzielle Mittel und Dienstleistungen vorrangig für nachhaltiges Wirtschaften und soziale Entwicklung eingesetzt werden. Darüber hinaus ist es notwendig die Geldpolitik der EZB zu ändern. Die Bank ist das Zentrum des europäischen Neoliberalismus. Sie arbeitet ausschließlich auf Grundlage der monetaristischen Ideologie, wonach Preisstabilität absoluter Vorrang gebühren müsse. Dies geht zu Lasten der Arbeitnehmer, sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Stabilität. Ganz im Geiste neoliberaler Ideologie behauptet sie ihre sogenannte Unabhängigkeit. Tatsächlich entzieht sie sich damit jeglicher demokratischer Kontrolle.

Wir fordern die demokratische Kontrolle dieser Institution, deren Politik einen gewaltigen Einfluss auf das Schicksal der Bevölkerung hat. Wir lehnen die Fixierung der EZB auf die Begrenzung der Konsumpreisstabilität auf max. 2% ab. Dies ist eine der tragenden Säulen der neoliberalen Politik. Stattdessen wollen wir, dass die EZB sich auf Beschäftigung und gerechte Verteilung konzentriert.

Sogar die Bank für internationalen Zahlungsausgleich empfiehlt in ihrem Jahresbericht 2008, dass die Zinspolitik der Zentralbanken nicht nur auf die Inflation achtet und die Zinsen niedrig halten soll, sondern auch das Augenmerk auf die Effekte von Zinsen auf "exzessives und riskantes Kreditwachstum", die Bildung von Blasen und überzogene Ausgabenpolitik und Produktionsmuster zu richten.

Die Zinserhöhung der EZB als Reaktion auf die Erhöhung des Ölpreises folgte exakt dem neoliberalen Dogma. Obwohl es sich dabei nur um das Ansteigen eines relativen Preises handelte, was nicht mit Inflation zu verwechseln ist (Inflation ist Preisanstieg auf breitere Front), malte Frankfurt das Gespenst der Inflation an die Wand. Gegenwärtig ist Inflation jedoch kein Problem, sondern Rezession und Arbeitslosigkeit. Die Politik der EZB beschleunigt und vertieft daher die Krise, in die die EU hineingeraten ist.

Für eine Finanz-, Währungs- und Wirtschaftspolitik im Interesse der Gesellschaft ist es überdies zwingend notwendig, die Lobbyisten der Finanzindustrie und der großen Konzerne sowie deren "Beratungstätigkeit" zu kontrollieren, einzuschränken und für vollständige Transparenz zu sorgen.

F. Reformen im Kernbereich des Systems

Im Lichte der Krise benötigen folgende Eckpfeiler des gegenwärtigen Systems besondere Aufmerksamkeit:

a. Eigenkapitalanforderungen und Risiko-Management im Bankensektor

Die Eigenkapitalanforderungen für Banken müssen erhöht werden. In dieser Hinsicht war das Eigenkapitalabkommen "Basel II" ein Schritt in die falsche Richtung. Daher brauchen wir ein "Basel III" mit dem die Konsequenzen aus dem Crash gezogen werden. Außerbilanzliche Geschäfte, die ebenfalls zum Zentrum der Krise gehören, müssen verboten werden.

Verbriefung darf nur solchen Akteuren erlaubt werden, die unter strikter staatlicher Aufsicht stehen. Riskante Verfahren, wie die sog. Collateralized Debt Obligations, deren Ziel, der massenhafte Handel mit Subprime Krediten war, müssen verboten werden.

Spekulative Finanzprodukte müssen verboten werden, besonders bei Nahrungsmitteln und da, wo sie eine destabilisierende Wirkung haben. Alle neuen Finanzprodukte müssen von der Finanzaufsicht auf ihre Wirkung auf Finanzstabilität und Gesellschaft geprüft werden, bevor sie genehmigt werden.

Investmentbanking muss soweit geschrumpft werden, dass es kein systemisches Risiko mehr darstellt. Was davon übrig bleibt, ist in vollem Umfang der Regulierung und der Aufsicht zu unterziehen, sowie von anderen Finanzdienstleistungen zu trennen. Die Aktivitäten des Investmentbankings sollen nachhaltiger Entwicklung dienen, z. B. indem sie Aktien von Unternehmen fördern, die umweltfreundliche Produkte herstellen.

Alle Finanzkonglomerate, die Privatkundengeschäft, Investmentbanking und Versicherungen betreiben, müssen umstrukturiert oder aufgesplittet und komplett der Aufsicht unterstellt werden.

Das Bonussystem für Manager sollte verboten werden, weil es Anreize zu riskantem Verhalten setzt, ohne die Manager für Verluste haftbar zu machen.

b. Stärkung des öffentlichen und genossenschaftlichen Bankensektor

Nach dem zweiten Weltkrieg hat der lokal ausgerichtete, genossenschaftliche und öffentliche Bankensektor in Europa eine positive Rolle gespielt. In den letzten beiden Jahrzehnten haben diese Banken jedoch zunehmend mit kommerziellen Banken fusioniert oder haben deren Geschäftsmodelle übernommen. Sie gingen an die Börse und passten sich dem angelsächsischen Finanzsystem an.

Dieser Trend muss umgedreht werden; öffentliche und Genossenschaftsbanken müssen gestärkt und vom Wettbewerbsrecht der EU ausgenommen werden. Die Öffentlichkeit sollte zumindest über einige Schlüsselbanken verfügen, um damit für Stabilität, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

Die verstaatlichten Banken, bzw. die Institute, von denen der Staat durch die Rettungspakete Anteile erworben hat, müssen so umstrukturiert werden, dass sie den Bedürfnissen der Gesellschaft dienen. Dazu gehört auch die Vergabe günstiger Kredite für umweltfreundliche Projekte und Unternehmen und der Zugangs zu hochwertigen Basisdienstleistungen für alle.

c. Rating-Agenturen unter öffentliche Kontrolle

Die Rating-Agenturen haben in der aktuellen Krise ebenso versagt wie in fast allen Krise der Jahrzehnte davor. Sie gehören unter öffentliche Kontrolle. Sie dürfen nicht mehr von Unternehmen bezahlt werden, die sie prüfen. Stattdessen müssen sie aus einem Fonds finanziert werden, der aus Beiträgen der Ratingkunden und der Anbieter von Finanzprodukten gespeist wird. Sie sollten nicht nur finanzielle Aspekte prüfen, sondern auch soziale und Umweltrisiken.

Auch die Buchprüfer haben die Schwächen des Risikomanagements der Finanzinstitute unter den Teppich gekehrt. Sie haben zugelassen, dass Geschäfte im Subprime Hypothekenmarkt - Derivate und andere Vermögenswerte - außerbilanzlich gemacht werden. Die Regeln für die Prüfungen müssen wieder international festgelegt werden.

d. Investitionsfonds regulieren, insbesondere Hedge Funds und Private Equity Funds

Wer braucht Hedge Funds und welchen Nutzen bringen sie der Volkswirtschaft? Als 2007 beim G8 Treffen 2007 die Bundesregierung mehr Transparenz für Hedge Funds forderte, hieß es, Hedge Funds würden eine nützliche Funktion erfüllen, weil sie Risiken übernähmen, die andere nicht zu übernehmen bereit sind. In der Tat sind diese Risiken nichts anderes als Spekulationsrisiken, die ausschließlich eingegangen werden, um Maximalprofite zu erzielen. Aus diesem Geschäftsmodell ergibt sich keinerlei volkswirtschaftlicher Nutzen. Im Gegenteil, es destabilisiert das System. Denn durch den hebelverstärkten Einsatz von Fremdkapital wird das Risiko an die kreditgebenden Banken übertragen. Auch hochspekulative Praktiken, wie Leerverkäufe sind destabilisierend. Beides sollte daher verboten werden.

Hedge Funds zu Instrumenten des Risiko-Managements zu erklären, heißt so viel wie einen Pyromanen zum Feuerwehrmann zu ernennen. Hedge Fonds müssen daher verboten werden. Banken muss untersagt werden, Geschäfte mit Hedge Funds zu machen, die ihren Sitz in Steueroasen haben.

Niemand braucht Hedge Fonds, außer reiche Individuen und institutionelle Investoren, die hinter Maximalprofiten herjagen.

Auch Private Equity Funds haben sich als Stabilitätsrisiko erwiesen. Sie dienen zudem als Transmissionsriemen des Shareholder-Kapitalismus in die Realwirtschaft. Auch dieses intransparent Geschäftsmodell muss gestoppt werden. Alternativ dazu müssen Anreize für Banken geschaffen werden, sich wieder stärker in Unternehmensfinanzierung und Risikokapital zu engagieren, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen. Die öffentlichen Banken müssen eine führende Rolle bei der Unternehmensfinanzierung übernehmen.

Generell sollte die EU alle Typen von Fonds mit einer entsprechenden Direktive der Regulierung unterwerfen. Alle Fonds müssen ihre Investmentstrategien und Managementgebühren offenlegen. Bestimmte Strategien müssen

untersagt werden (z. B. Leerverkäufe), Kreditaufnahme mit Hebeleffekt muss eingeschränkt werden. Es muss eine Höchstgrenze für die Kapitalmasse festgelegt werden, die ein Fonds verwalten darf. Fondsprofite müssen höher besteuert werden als Arbeitseinkommen. Fonds, die ihren juristischen Sitz außerhalb der EU haben (z. B. nur in Offshore-Zentren), bzw. nicht mit EU-Standards übereinstimmen, soll der Marktzugang untersagt werden.

e. Derivatehandel drastisch einschränken

Finanzderivate dürfen nur an der Börse gehandelt werden. Sie müssen standardisiert und von der Aufsicht genehmigt sein. Derivate zu rein spekulativem Zweck müssen verboten werden. Der außerbörsliche Handel mit Derivaten (over the counter - OTC) muss unterbunden werden.

f. Offshorezentren

Wer braucht Offshorezentren (OFCs) und Steuerparadiese? Nur die Reichen und institutionelle Investoren, die ihre Gewinne vom Finanzamt verheimlichen wollen - die Mafia, Terroristen, Waffenhändler und andere Kriminelle, die Geldwäsche betreiben. Es gibt kein rationales Argument, mit dem die ökonomische Existenz solcher Territorien gerechtfertigt werden könnte. Deshalb muss diese Art von Wirtschaft dicht gemacht werden.

Solange dies nicht möglich ist, weil einige große Länder ihren Status als OFCs aufrechterhalten, oder OFCs unterstützen, kann eine ganze Reihe von unilateralen Maßnahmen ergriffen werden - angefangen von der Aufhebung des Bankgeheimnisses für Institute, die Niederlassungen in OFCs unterhalten, über die Verpflichtung, Filialen in Steueroasen zu schließen, bis zu Strafsteuern auf Transaktionen mit OFCs.

Die Zinsbesteuerungsrichtlinie der EU muss auf alle Kapitaleinkünfte (gegenwärtig gilt sie nur für Zinseinnahmen) und auf alle juristische Personen (gegenwärtig nur natürliche Personen) ausgedehnt werden. Der automatische Informationsaustausch muss auch für Österreich, Belgien und Luxemburg eingeführt werden. Das Schließen dieser Schlupflöcher ist eine wichtige Voraussetzung, um stärkeren Druck auf Steuerparadiese, wie die Schweiz oder Liechtenstein ausüben zu können, ihr Bankgeheimnis aufzuheben und bei internationalem Informationsaustausch zu kooperieren.

g. Maßnahmen gegen die kurzfristige Shareholder-Value-Orientierung

Keynes schlug vor, Anleger mit ihren Kapitalanlagen zu "verheiraten", um damit langfristige Investitionen zu fördern und die schädliche, kurzfristige Spekulation zu unterbinden. Der Einfluss von auf Kurzfristigkeit orientierten Anlegern könnte eingeschränkt werden, indem Stimmrechte an einen Mindestlaufzeit für Investitionen gekoppelt wird (z. B. 5-10 Jahre). Optionsscheine für das Management müssen untersagt werden, weil Manager dann "Kurspflege" zum vorrangigen Unternehmensziel machen.

Für Vorstandsgehälter müssen Obergrenzen eingeführt werden. Die Höhe der Gehälter sollte an Indizes geknüpft werden, die die allgemeine Wohlfahrt widerspiegeln. Darüber hinaus müssen Gewerkschaften, Verbraucher und andere Betroffene effektive Mitbestimmungsrechte in den Unternehmen erhalten.

h. Die Überschuldung von Haushalten regeln

Die Überschuldung von Privathaushalten muss begrenzt werden, indem eine Obergrenze für die Schuldendienstquote (Verhältnis von Schuldendienst zu Einkommen) festgelegt wird. Für Bevölkerungsschichten mit geringer Kaufkraft muss sozialer Wohnungsbau Teil der staatlichen Sozialpolitik werden. Das Dach über dem Kopf darf keineswegs zum Spielball der übelsten Elemente des Privatsektors werden. Wir unterstützen vehement den Vorschlag, überschuldeten Hausbesitzern zu ermöglichen, ihre überschuldete Immobilie auf Lebenszeit zu pachten. Allerdings sollte der Erwerb individuellen Hausbesitzes nicht das Hauptziel von Sozialpolitik werden. Wir fordern einen öffentlichen Wohnungsbau mit großer sozialer Vielfalt und hohen Umweltstandards.

UnterstützerInnen

Die Erklärung wird von folgenden WirtschaftswissenschaftlerInnen unterstützt:

Österreich: Mag. Elisabeth Hammer, FH Campus Wien; Klaus Kucharz, ISP; Mag. Thomas Kneifel, Immo Bank; Prof. Dr. Christian Lager, University of Graz; Robert Stöger, Austrian Federal Chancellery; Dr. Brigitte Marcher, Renner-Institut; Mag. Elisabeth Beer, Arbeiterkammer Wien; Prof. Dr. Wilfried Altzinger, Vienna University of Economics and BA; Prof. Josef Nussbaumer, University of Innsbruck; Prof. Dr. Joachim Becker, Vienna University of Economics and BA; Mag. Gerhard Burda, heller & pfenning Finanzdienstleistungen GmbH; Dr. sc. Rudolf Mondelaers; Prof. Dr. Brigitte Unger, Utrecht University; Mag. Miriam Rehm, New School University, New York; Dr. Joachim Bischoff;

Prof. Berthold Kühn; Mag. Elisabeth Baroud, Caritas Ausbildungszentrum Seegasse, Wien; Prof. Dr. Rainer Bartel, Institut für VWL, JKU Linz; Dr. Dr. h.c.mult. Kurt W. Rothschild, Universität Linz und WIFO; Mag. Georg Feigl; Dr. Claus Faber, Austrian Trade and Services Union; Gerhard Senft; Mag. David Mum, GPA-DJP; Klemens Himpele; Helmuth Markov, Member of the European Parliament, Fraktion Die Linke, Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel; Mag. Roland Marcon; Prof. Mag. Dr. Reinhard Pirker, Univ. Department Volkswirtschaft Institut für Institutionelle & Heterodoxe Ökonomie Wirtschaftsuniversität Wien; Prof. Dr. Herbert Walther, Wirtschaftsuniversität Wien; Dipl. Pol. Max Schumacher, Supervisor und Organisationsberater; Mag. Judith Vorbach, Linz; Norman Wagner, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeiterkammer Wien; Hans Steiner, Beamter im Bundesministerium für soziales und konsumentenschutz; Mag. Georg Ortner, Cabinet of the State Secretary, Federal Ministry of Finance; Sebastian Howorka, Wirtschaftsreferent der Österreichischen HochschülerInnenschaft; Mag. Veronika Andorfer, Steuerberaterin; Jacques Cossart, Gérard Duménil, Jean Marie Harribey, Michel Husson, Dominique Plihon; Prof. Dario Casalini, Turin University; Marica Frangakis, Nico Poulantzas Institute, Athen; Dr. Olaf Brockmann, Bremen; Prof. Dr. Jörg Huffs Schmidt, Universität Bremen, Wissenschaftlicher Beirat von Attac; Dr. Arne Lorenzen (Physiker, Betriebswirt), Overath; Prof. Dr. Klaus Peter Kisker, Freie Universität Berlin; Gunter Quaißer, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik; Prof. Dr Joachim Tesch, Leipzig; Prof. Dr. Christine Brückner; Prof. Dr. Thomas Sauer, Wissenschaftlicher Beirat von Attac; Prof. Dr. Walter Ötsch; Dr. Wolfram Elsner, Professor of Economics University of Bremen; Prof. Dr. Trevor Evans, Berlin School of Economics; Prof. Dr. Lorenz Jarass, University of Applied Sciences Wiesbaden; Sven Giegold, Wirtschaftswissenschaftler; Peter Wahl, WEED, Wissenschaftlicher Beirat von Attac; Dominik Scheck, Diplom-Volkswirt; Lucas Zeise, Wirtschaftskolumnist Financial Times Deutschland; Prof. Dr. Andreas Fisahn, Universität Bielefeld ; PD Dr. Jürgen Kädtler, Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen (SOFI) ; Adelheid Biesecker, Dr. emeritierte Professorin für Wirtschaftswissenschaften Universität Bremen; Dr. Lydia Krüger, Wissenschaftlicher Beirat von Attac; Frieder Otto Wolf, Wissenschaftlicher Beirat von Attac; Thea Bauriedl, Wissenschaftlicher Beirat von Attac; Dr. Harald Klimenta, Wissenschaftlicher Beirat von Attac;